

Der



informiert

Jahresrückblick 2012

In den Monaten April und Mai 2011 unterstützten wir zusammen mit einigen unserer Mitglieder die Resolution des Stadtrates gegen das AKW Cattenom. Mit mehr als 600 gesammelten Unterschriften haben wir einen wesentlichen Beitrag zu dem Gesamtergebnis in Trier geleistet. Die Bundesregierung selbst hat bislang die Aktivitäten der betroffenen Kommunen, Kreise und Bundesländer nicht unterstützt. Wir haben im März dieses Jahres den damaligen Minister Dr. Norbert Röttgen angeschrieben und diese Unterstützung eingefordert. Die Antwort allerdings war ernüchternd. Das Ministerium verwies darauf, dass jeder EU-Staat grundsätzlich allein für die Sicherheit seiner Nuklearanlagen verantwortlich und der französischen Regierung die Position Deutschlands zur generellen Nutzung der Kernenergie bekannt sei.

Auch angesichts einer von Jahr zu Jahr zunehmenden Pannenhäufigkeit der Reaktoranlage scheint die Bundesregierung nicht gewillt, beim Nachbarn auf deren Stilllegung hinzuwirken. Dabei könnte der Regierungswechsel in Frankreich die Chancen durchaus erhöht haben.

Die Expertengruppe ZEUS hat in ihrem zweiten Bericht 2010 vorgeschlagen, eine weitere Langzeitmessung von Schwermetall-Depositionen und Dioxinen/Furanen im Industriegebiet vorzunehmen. Wegen umfangreicher Baumaßnahmen – Kaianlagen und Lagerflächen – konnte diese nicht begonnen werden. Seit dem 01.07.2012 läuft nun ein weiteres Staub- und Dioxin-Niederschlagmeßprogramm im Trierer Hafen und in Pfalzel. Es wurden neue Messpunkte festgelegt, die auch mit denen der Universität Trier abgestimmt sind. Mit den Ergebnissen ist in der zweiten Jahreshälfte 2013 zu rechnen.

Das Trierer Stahlwerk hat nach der Einleitung eines Insolvenzverfahrens am 15.02.2012 seine Produktion eingestellt. Wie auch schon bei früheren Arbeitspausen des TSW gingen unmittelbar danach Beschwerden über nächtliche Lärmbelästigungen durch Firma Eu-Rec bei uns ein. Zudem gab es viele Rückmeldungen über eine merklich geringere Staubbelastung besonders in der Nähe des Industriegebietes. Die regelmäßig wiederkehrenden Geruchsbelästigungen gingen hingegen weiter.

Mehrfach haben wir inzwischen die SGD Nord per Mail und per Post kontaktiert und erneut angemahnt, den Verursacher dieser mit hoher Wahrscheinlichkeit schadstoffbelasteten Geruchswolken zu ermitteln und Gegenmaßnahmen anzuordnen. Im Moment kommen im Prinzip nur zwei Verursacher in Betracht. Leider müssen wir feststellen, dass auch beide ZEUS-Berichte, die man nur als schallende Ohrfeigen für die zuständige Abteilung Wasserwirtschaft verstehen kann, dort nicht zu einem Umdenken geführt haben. Geschehen ist diesbezüglich nämlich nichts. Inzwischen gibt es Meldungen, dass sich neue Interessenten für das TSW gefunden haben. Sollte dort im Frühjahr die Produktion wieder aufgenommen werden, wird die Lage erneut deutlich unübersichtlicher.

Die Europäische Kommission hat 2012 die Merkblätter über die best verfügbaren Techniken (BVT) in der Eisen- und Stahlindustrie auf Grund des Fortschreitens technischer Standards überarbeitet. In diesem Zusammenhang haben wir der gemeinsamen Forschungsstelle in Sevilla und dem Bundesumweltministerium unsere Erfahrungen im Zusammenhang mit der Genehmigung und dem Betrieb des Trierer Stahlwerks mitgeteilt, damit diese Erkenntnisse in zukünftige Genehmigungsverfahren einfließen können.

Seit August beschäftigt uns ein neuer Schulentwicklungsplan der Stadt Trier, dem zufolge die Pfälzeler Grundschule als sicherer Schließungskandidat gilt. Sofort nach Bekanntwerden der Pläne von Frau Bürgermeisterin Birk und ihres Gutachters Krämer-Mandau hat sich in

Pfalzel ein runder Tisch aus Eltern, Beiräten und Mitarbeitern von Schule und Kita, Politik und Vereinen zum Erhalt unserer Grundschule zusammengefunden. Daraus haben sich vielfältige Maßnahmen ergeben, zuletzt eine Mahnwache am 10.11.2012 auf dem Gelände der Schule. Hierbei haben die Pfälzeler mit nicht mehr zu überbietender Klarheit bewiesen, wie sehr sie zu ihrer Grundschule stehen und welche Bedeutung ihr Erhalt für unsere Dorfgemeinschaft hat.

Die Stadt beabsichtigt, mehrere einzügige Grundschulen zu schließen und stört sich bei diesem einmal gefassten Vorsatz auch nicht daran, dass der Gutachter unter sonst gleichen Vorbedingungen, jedoch stark sinkenden Schülerzahlen z. B. in Bottrop genau das Gegenteil empfiehlt. Ebenso wenig daran, dass die Landesregierung sich in ihrem Koalitionsvertrag ausdrücklich dazu bekannt hat, wohnortnahes Lernen zu erhalten und sich für den Fortbestand einzügiger Grundschulen einzusetzen. Zu diesen eklatanten Widersprüchen hat es noch keinerlei Erklärung seitens der Schließungs-Befürworter gegeben.

Darüber hinaus entbehren die Schließungspläne jeglicher Logik. Während das Konzept des damaligen Dezernenten Holkenbrink 2008 noch den allgemein gültigen Trend einer schrumpfenden Bevölkerung auch für Trier annahm, kommt der jetzige Gutachter zu dem Ergebnis, dass Trier in den kommenden 10 Jahren eine deutliche Zunahme von derzeit 3.200 auf 4.000 Grundschüler – mithin eine Steigerung um 25 % – erwarten kann. Als Folge sagt er auch einen höheren Raumbedarf voraus. Es ist nicht nachvollziehbar, wie man angesichts solcher Daten für Schließungen votieren kann, erst recht nicht, wenn dann auch noch die Kinder aus Pfalzel nach Biewer geschickt werden sollen. In eine Einrichtung, die schon jetzt über die geringste Fläche pro Schüler in ganz Trier verfügt.

Wir haben schon im August eine umfangreiche Stellungnahme an die Stadtverwaltung und alle im Rat vertretenen Fraktionen gerichtet. Nach einer Diskussionsveranstaltung in der Aula des AVG schrieben wir die gleichen Empfänger im Oktober erneut an. Zusätzlich die ADD und die Ministerin für Bildung. Dabei haben wir immer darauf hingewiesen, dass es bislang nicht den geringsten Nachweis für Einsparungen durch die geplanten Zusammenlegungen gibt. Am Beispiel Pfalzel / Biewer konnten wir belegen, dass alleine die Kosten der Schülerbeförderung alle möglichen Sparpotentiale weit übertreffen. Der Forderung nach einer Vorlage nachprüfbarer Zahlen haben sich inzwischen auch alle Fraktionen angeschlossen.

Im Bürgerhaushalt dieses Jahres hat der Vorschlag, die Grundschule Pfalzel zu erhalten, zum zweiten Mal die höchste Zustimmung aller Einsendungen erhalten. Diesmal mit einer Resonanz, die es in der bisherigen Geschichte dieser Plattform noch nie gab. Auf Grund dessen hätte der Stadtrat in seiner Sitzung am 13.12.2012 bei der Abstimmung über den Bürgerhaushalt die Möglichkeit gehabt, zumindest die Diskussion über unsere Schule zu beenden. Er tat dies aber nicht, sondern folgte der Empfehlung der Verwaltung, diese Frage im Rahmen des Schulentwicklungskonzeptes zu entscheiden, also auch möglicherweise gegen den so deutlich dokumentierten Bürgerwillen.

Vor zwei Jahren war das noch ganz anders. Auch 2010 war der Erhalt der Grundschule Pfalzel der best bewertete Vorschlag des Bürgerhaushalts. Die Verwaltung selbst nahm damals wie folgt Stellung (Zitat): "[Viele Kindertagesstätten arbeiten zunehmend systematischer mit Grundschulen zusammen. Eine solche Zusammenarbeit wird in der Grundschule Pfalzel vorbereitet. Aufgrund des Neubaugebietes in Pfalzel ist die Kindertagesstätte überfüllt und wird deshalb die Gruppe der 3- bis 6-jährigen Kinder in die Grundschule Pfalzel auslagern. Diese Anzahl der Kinder wird in den kommenden Schuljahren folgerichtig dazu führen, dass die Grundschule mindestens vorübergehend zweizügig wird, und damit in den nächsten zehn Jahren ihre Existenz nicht in Frage steht.](#)"

Alle Fraktionskommentare waren ausgesprochen positiv. Am Ende stimmte der Rat dem Vorschlag zu. Was ist inzwischen geschehen, dass der Fortbestand unserer Schule unter völlig anderen Vorzeichen betrachtet wird? Wir sehen nur positive Aspekte: eine Kita-Gruppe ist im Gebäude untergebracht, nach "Ponte" gab es eine Beteiligung an dem Sinus-Projekt, ein vorhandener Instandhaltungsrückstand wurde abgebaut, erforderlicher Brandschutz realisiert usw. usw. Auch sind uns keine Völkerwanderungen aus Pfalzel heraus bekannt. Im Gegenteil werden gerade die letzten freien Bauplätze im Rahmen der Ortsauffüllung bebaut. Den Paradigmenwechsel bei der Stadtverwaltung und offensichtlich auch einigen Fraktionen hat uns noch niemand erklärt.

Die aktuelle Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden der SPD – **es dürfe hier keine kleinen Schritte geben und eine Konzentrierung auf weniger Standorte ermögliche einen effektiveren Einsatz der Finanzmittel** – klingt dagegen nicht gerade beruhigend. Das Klima für Schließungsbefürworter scheint heute deutlich günstiger zu sein als für die Gegner. Während unser runder Tisch etliche Hürden nehmen musste, bevor die Mahnwache samstags auf dem Schulgelände stattfinden konnte, kann die Schulleiterin in Biewer, in konsequenter Fortsetzung vorheriger Querschüsse, einen normalen Schultag zur Werbeveranstaltung für ihre Einrichtung – mit negativen Auswirkungen für die umliegenden – umfunktionieren, ohne dass daran jemand Anstoß nimmt.

Wir hoffen indes noch immer, dass die Kraft unserer Argumente und die Unterstützung der ganzen Gemeinde ausreichen werden, die Trierer Entscheidungsträger in unserem Sinne zu überzeugen. Und dass wir am Ende nicht die Einhaltung des Eingemeindungsvertrages vor Gericht verteidigen müssen.

**Wir wünschen allen Mitgliedern und ihren Familien, Freunden,
Pfälzler Bürgern und Gesprächspartnern ein frohes
Weihnachtsfest und alles Gute im neuen Jahr.**

Die Schreiben sowie weitere Kommentare und aktuelle Messwerte unter www.buegerverein.pfalzel.de